



prägnant 16

JANUAR 2022

DIE AMPEL IM BUND UND ROT-ROT-GRÜN IN BERLIN: WAS IST VON BEIDEN REGIERUNGEN FÜR BERLIN-BRANDENBURG UND SACHSEN ZU ERWARTEN?

Auf Bundesebene versucht sich die rot-grün-gelbe Bundesregierung an einem Neuanfang nach dem Ende der Ära Merkel. In Berlin setzt die rot-rot-grüne Landesregierung ihre Arbeit fort. Die Wahlen im vergangenen Jahr haben für den Bund und Berlin die politische Ausgangslage für die - voraussichtlich – nächsten vier Jahre – geprägt. Eine geschwächte CDU übt sich im Bundestag in der ungewohnten Oppositionsrolle und stellt sich mit dem gerade gewählten Parteivorsitzenden Friedrich Merz neu auf. Die wiedererstartete SPD führt im Bund und in Berlin als stärkste politische Kraft die Regierungen an.

Einher geht der Machtwechsel im Bund, aber auch die Fortführung der Regierungsgeschäfte in Berlin mit neuem politischen Spitzenpersonal. Mit Franziska Giffey ist erstmals eine Frau ins Rote Rathaus eingezogen. Im Kanzleramt folgte auf Angela Merkel Olaf Scholz.

Neu ist die Farbenlehre im Bund: Mit der Ampelkoalition regiert erstmals ein Dreier-Bündnis die Bundesrepublik. In Berlin bleibt Rot-Rot-Grün im Amt. Wichtiger als die Farbenlehre sind jedoch die Inhalte dieser Dreier-Bündnisse.

Die deutsche Industrie befindet sich in ihrer wohl größten und herausforderndsten Transformationsphase der letzten Jahrzehnte hin zu digitalen, zunehmend dekarbonisierten und im Zielbild CO₂-freien Produkten und Produktionssystemen. Dieser umfassende Wandel gelingt nur unter aktiver politischer Beteiligung aller Ebenen: im Bund, in den Ländern und in den Kommunen und Städten.

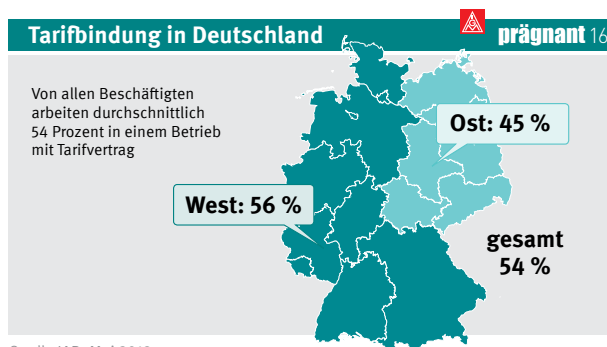
Die 2020er Jahre entscheiden über das Gelingen der deutschen industriellen Transformation. Jedes Jahr muss zukünftig messbare Ergebnisse liefern, damit der Umstieg gelingen kann. Deshalb kommt den Koalitionsverträgen und der Arbeit der neuen Regierungen eine besonders wichtige Rolle zu: Hier werden die Leitplanken für die kommenden 4 bzw. 5 Jahre gesetzt im Bund, aber auch in Berlin und in Ostdeutschland.

Der durch die Ampelparteien vorgelegte Koalitionsvertrag beinhaltet aus Sicht der IG Metall Licht und Schatten:

Die sozial-ökologischen Herausforderungen der Transformation werden richtig adressiert und konkrete Vorhaben aufgeführt. Die sozial-liberale-ökologische Koalition bekennt sich zu einer **aktiven Arbeitsmarktpolitik**, geht jedoch leider den **Kampf gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse** nicht konsequent an.

Die einmalige Anhebung des **gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro** pro Stunde ist ein wichtiger Schritt. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat dafür bereits einen Zeitplan erstellt: Demnach soll der gesetzliche Mindestlohn bereits zum 1. Oktober von aktuell 9,82 Euro auf 12 Euro pro Stunde steigen und für 15 Monate unverändert bleiben.

Nach wie vor gibt es in Deutschland einen der größten Niedriglohnsektoren. Rund 8,6 Millionen Beschäftigte verdienen laut Hans-Böckler-Stiftung in Deutschland noch unter 12 Euro pro Stunde. Besonders vielen Menschen in Ostdeutschland wird der erhöhte Mindestlohn helfen. Hier kommt zum Tragen, dass durch die niedrige Tarifbindung viele Menschen zu Mindestlohnbedingen arbeiten.



Das Entlohnungsniveau ist in Deutschland geografisch ungleich verteilt. Im Osten des Landes arbeiteten 2017 rund 34 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnbereich; im Westen waren es mit 17 Prozent halb so viele. Dies ist insofern bedeutsam, als dieser Sektor häufig den Grundstein für spätere Alters- sowie aktuelle Erwerbsarmut legt.

(Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung; Dossier: der lange Weg der deutschen Einheit)

Frauen werden von einem höheren Mindestlohn überdurchschnittlich profitieren, insbesondere wenn sie in Teilzeit arbeiten oder einen befristeten Arbeitsvertrag haben. Beschäftigte in kleineren Betrieben ohne Tarifbindung zählen ebenfalls zu den Hauptbegünstigten. Regional wird ein höherer Mindestlohn vor allem Beschäftigte im Osten und Norden der Republik erreichen. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Quelle: Malte Lübker: Wer profitiert von 12 Euro Mindestlohn? Einblicke aus der WSI Lohnspiegel-Datenbank, WSI Policy Brief Nr. 59, September 2021.

Der Blick auf die niedrige Tarifbindung im Osten zeigt aber auch, dass eine Stärkung der Tarifbindung unumgänglich ist. Es ist deshalb zu begrüßen, dass sich die Ampel-Parteien auf die **Stärkung der Tarifbindung** verständigt haben. Hierzu soll die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrags der jeweiligen Branche gebunden werden.

Der Ausstieg aus der Braunkohleförderung und Kohleverstromung soll von 2038 auf 2030 vorgezogen werden. Wer früher aussteigen will, muss den Ausbau von erneuerbaren Energien, Gaskraftwerken, Netzen und Speichern beschleunigen. Nur so stimmen die Voraussetzungen für einen möglichen früheren Ausstieg.

Das betrifft vor allem die strukturschwachen Regionen in der Lausitz und bedingt das mitteldeutsche Revier. Da der Strombedarf steigen wird, soll dieser auch mit Hilfe von neuen, auch wasserstofffähigen Gaskraftwerken gedeckt werden. Diese sollen sich in den Regionen, die über Flächen und die notwendige Netzanschlussinfrastruktur verfügen ansiedeln.

Hier bestehen Chancen für die Lausitz. Eigentlich sollte der Strukturwandel in der Lausitz mehr Zeit bekommen. Im Kohleausstiegsgesetz, basierend auf den Ergebnissen der Strukturwandelkommission war als Enddatum das Jahr 2038 vorgesehen. Nun schrumpfen die 16 Jahre auf 8 Jahre zusammen. Nicht viel Zeit für eine Region wie die Lausitz, in der fast alle Industriebetriebe irgendwie an der Kohle hängen. Sei es direkt oder indirekt als Dienstleister für Reparatur, Instandhaltung und Wartung.

Im **Automobilbereich** plant die Bundes-Ampel keine Verschärfung der deutschen Klimaziele, aber das Auslaufen der Kaufprämien für Elektroautos bis 2025. Rasch steigen soll die Zahl der Elektro-Autos. In welchem Ausmaß genau, ist allerdings momentan noch nicht ganz klar. Im Koalitionsvertrag ist die Rede davon, dass bis 2030 **15 Millionen vollelektrische PKW** auf den bundesdeutschen Straßen fahren sollen. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) hat dieses Ziel aber bereits abgeschwächt. Im Bundestag sprach er von „mindestens **15 Millionen elektrischen Pkw** bis 2030“. Dieser kleine Unterschied von „vollelektrisch“ zu „elektrisch“ hat große Auswirkungen: In der neuen Fassung von Wissing (15 Millionen elektrische Pkw) würden Plug-in-Hybride mitgezählt. Es bleibt abzuwarten, ob sich Wissing mit dieser Abweichung vom Koalitionsvertrag durchsetzen wird. (Quelle: Spiegel Online vom 22.01.2022)

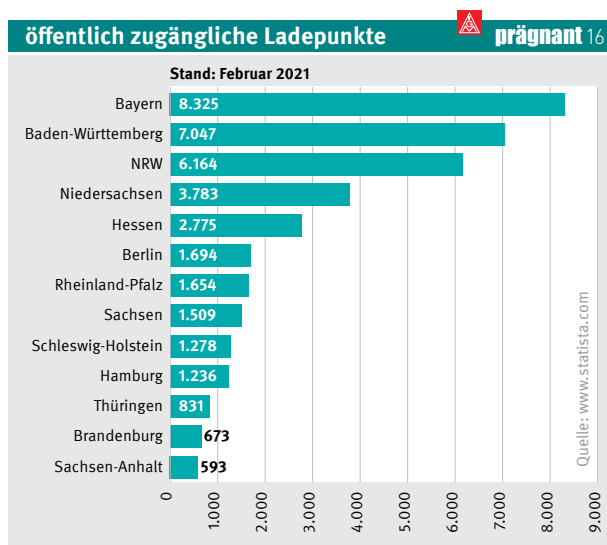
So oder so: Die Ziele sind ambitioniert, wenn man bedenkt, dass gegenwärtig deutlich unter 1 Millionen E-Fahrzeuge auf deutschen Straßen unterwegs sind.

Zum 1. Juli 2021 gab es 440.000 E-Autos. Rein rechnerisch müsste in jedem der kommenden neun Jahre etwa die Hälfte aller Neuwagen ein E-Auto beziehungsweise ein Plug-in-Hybrid sein. (Quelle: www.tagesschau.de vom 7.12.2021).

Hier ist der IG Metall Bezirk BBS prinzipiell gut aufgestellt. Mit Zwickau, Leipzig, der Hauptstadtregion sowie Grünheide verfügt der IG Metall Bezirk über einige Produktionsstandorte der PKW- und Transporter Elektromobilität, die den gewollten Hochlauf der Elektromobilität (zumindest teilweise) bedienen können. Dennoch handelt die neue Ampel-Koalition inkonsequent, wenn sie einerseits die Zahl der (voll-)elektrischen PKW deutlich erhöhen und gleichzeitig die Kaufprämie für E-Fahrzeuge bis zum Jahr 2025 abschmelzen will. Die Kaufanreize sollten mittelfristig bestehen bleiben, um die ambitionierten Ziele zu erreichen.

Sinnvoll erscheint ein Umbau der automobilen Dialogformate zu einer Strategieplattform „Transformation Automobilwirtschaft“.

Der Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur ist unumgänglich. Die Ampel will bis zum Jahr 2030 eine Million öffentlich zugängliche Ladepunkte realisieren. Beim Blick auf die aktuellen Zahlen besteht erheblicher Beschleunigungsbedarf. Wöchentlich brauchen wir die Fertigstellung von ca. 2.000 Ladesäulen bundesweit. Gegenwärtig schaffen wir in Deutschland nur ca. 200.



In Berlin-Brandenburg-Sachsen ist neben der Automobil-, Stahl-, und Energieanlagenindustrie auch die **Lufffahrt-industrie** beheimatet. Namhafte Triebwerkshersteller wie Rolls Royce oder die auf Umbau und Ausbau sowie Leichtbau spezialisierten Elbe Flugzeugwerke stehen neben dem wachsenden Großflughafen Berlin-Brandenburg für ein Luffahrtindustrie-Cluster in Ostdeutschland mit Zukunft. Die Ampel will Deutschland zum Vorreiter beim CO₂-neutralen Fliegen machen. Strombasierte Kraftstoffe für den Flugverkehr sind jedoch nur dann ein klimapolitischer Fortschritt, wenn der Strom aus regenerativen Quellen hergestellt wird. Da der Ausbau der Erneuerbaren Energien vor allem in Brandenburg im Vergleich zu anderen Teilen der Republik weiter vorangeschritten ist, gilt es nun, diesen Wettbewerbsvorteil zu nutzen. Grüner Strom und Power-to-X Technologien (unter Power-to-X versteht man alle Verfahren, die Ökostrom / Grünen Strom in chemische Energieträger zur Stromspeicherung, in strombasierte Kraftstoffe zur Mobilität oder Rohstoffe für die Chemieindustrie umwandeln) können für das CO₂-ärmere Fliegen der Zukunft aus Brandenburg und Sachsen kommen.

Auch die angekündigte finanzielle Unterstützung zum Aufbau einer **Halbleiterindustrie** in Deutschland trifft in BBS auf fruchtbaren Boden. Mit dem Mikroelektronik-Cluster rund um Dresden befindet sich bereits heute ein Hightech-Standort der Gegenwart und Zukunft im IG Metall Bezirk BBS. Dieser muss rasch massiv ausgebaut werden, auch um die Lieferkettenschwierigkeiten im Bereich der Halbleiter und Mikrochips zu verringern.

Die Transformation der deutschen Industrie braucht umfassende Beteiligung der Belegschaften. Hier wären ein Ausbau und eine Weiterentwicklung der **Mitbestimmung** wichtig. Mitbestimmung kommt jedoch im Koalitionsvertrag deutlich zu kurz. Eine Stärkung der Mitbestimmung findet sich leider nicht im Koalitionsvertrag der Ampelparteien.

In der **Arbeitsmarktpolitik** hat sich die Ampel eine Reihe von guten Ansätzen zu eigen gemacht, die von der Einführung eines Qualifizierungsgeldes, über die Weiterentwicklung eines Transferkurzarbeitergeldes bis hin zum Anspruch auf Weiterbildung reichen. Ob diese Brücken in eine zukünftige Arbeitswelt tragen, bleibt jedoch der konkreten Ausgestaltung geschuldet.

Bei der Frage von **Arbeitszeiten**, die zum Leben passen, holte die FDP alte Rezepte aus der Schublade: Die Einführung von Experimentierklauseln bei der Arbeitszeit sind dem Wunsch der Liberalen nach einer Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes geschuldet.

Vor dem Hintergrund erfolgreicher Tarifbewegungen der IG Metall jüngst hier im Bezirk BBS und einiger weiterer DGB Gewerkschaften, die das Thema Arbeitszeit zugunsten von mehr Vereinbarkeit, mehr Autonomie und mehr Freizeit der Beschäftigten erfolgreich umgesetzt hatten, mutet dieser Passus im Koalitionsvertrag eher nach einem Griff in die Mottenkiste an.

Die Anhebung der **Minijob-Grenze auf 520 Euro** ist der falsche Weg. Hierdurch wird weder die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gestärkt, die auch für das Erreichen einer guten Rente in Zukunft wichtig ist, noch wird prekärer Arbeit generell ein Riegel vorgeschoben. Die Gefahr, dass Menschen besonders im Osten mit Zweit- oder Drittjobs über die Runden kommen müssen, steigt durch dieses Vorhaben.

Ob man die Stabilisierung des **Rentenniveaus** bei 48 Prozent, keine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters sowie den Einstieg in die (Teil-) kapitalgedeckte Altersvorsorge als Erfolg bewerten will, bleibt mehr als fraglich. Diese Beschlüsse des Ampel-Koalitionsvertrags verhindern weder Altersarmut noch leisten sie einen Beitrag, mehr Menschen gesund in Arbeit zu halten und gesunde Übergänge in die Rente zu gewährleisten.

Fazit:

Die neue Bundesregierung lässt auf Basis des Koalitionsvertrags und der ersten Tagen und Wochen im Amt einige gute Ansätze erkennen. Dazu gehören auch einige Punkte, die besonders Ostdeutschland nach vorne bringen werden bzw. den Menschen im Osten nutzen werden.

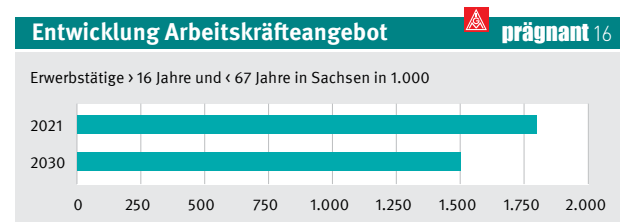
Zu nennen sind der **Mindestlohn von 12 Euro**, die Pläne der **Einführung eines Bürgergeldes** statt Hartz IV, die geplante **Kindergrundsicherung**, die **Beibehaltung der Bahn** als integrierten Konzern und der Verzicht auf deren Zerschlagung und Privatisierung.

Die Ampel-Parteien setzen im Bereich des **Infrastrukturausbaus** die zeitgemäßen Signale: flächendeckender Glasfaserausbau, Ladeinfrastrukturausbau.

2030 soll der Strombedarf zu 80 % aus Erneuerbaren Energien stammen, Europa und Deutschland sollen Leitmarkt für **Wasserstofftechnologien** werden, dies kann nur mit massiven Investitionen in die Leitungsinfrastruktur gelingen. Ostdeutschland hat hier gute Chancen, das bereits vorhandene Pipeline-Netz für eine erhöhte Wasserstoffbeimischung rasch zu nutzen.

Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung eines immer dringlicher werdenden Problems ist die Schaffung eines **Fachkräftenwanderungsgesetzes**. Dies nimmt sich die Ampel zurecht vor. Bis 2030 schrumpft bspw. in Sachsen das Potential an ArbeitnehmerInnen im erwerbsfähigen Alter von 1,8 Millionen auf 1,5 Millionen. Die Nichtbesetzung zahlreicher Stellen im Betrieb aufgrund von fehlenden Fachkräften erweist sich zunehmend als Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung.

Ausbildung, Weiterbildung, ein modernes Einwanderungsrecht sowie die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen bleiben wichtige Bausteine der Fachkräftesicherung.



Positiv sind darüber hinaus die geplanten Bemühungen, die **Tarifbindung** zu stärken, die Ansätze einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und die beschleunigte Energiewende. Diese kann, wenn sie gut gemanagt wird, dem Osten einen kleinen Vorsprung liefern. Da die Ampel und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) an der **Schuldenbremse** festhalten, bleibt die Finanzierung der Maßnahmen jedoch in weiten Teilen offen.

Die Repräsentation **Ostdeutscher in Führungspositionen** und Entscheidungsgremien soll in allen Bereichen verbessert werden. Allerdings ist diese Bundesregierung ihrem eigenen Anspruch in dieser Sache nicht gerecht geworden. Die Regierung Scholz hatte 54 Spitzenposten (Bundesminister, Kanzleramtschefs, Staatssekretäre, parlamentarische Staatssekretäre) zu vergeben. Davon gingen ganze fünf an Ostdeutsche – weniger als zehn Prozent.

(Quelle: Berliner Zeitung vom 5.1.2022)

Ein eher symbolisches, dennoch wichtiges Vorhaben wird die Schaffung des **„Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“**. Hier sollen die Erfahrungen der Ostdeutschen im Wandel und die Bedingungen für gelingende Transformation erforscht und besser vermittelt werden. Frankfurt/Oder hat bereits eine Bewerbung für dieses neue Zukunftszentrum vorbereitet.

Auch wenn hierdurch keine neuen Industriearbeitsplätze geschaffen werden ist das Ziel neue und zu erweiternde Bundes- und Forschungseinrichtungen bevorzugt in den ostdeutschen Bundesländern und strukturschwachen Regionen anzusiedeln, eine wichtige Grundsatzentscheidung.

Viele Punkte des Koalitionsvertrags haben auf Druck der IG Metall ihren Weg in das Papier gefunden. Einige

industrielle-, arbeitsmarkt-, sowie sozialpolitischen Verabredungen sind zu begrüßen. Der ganz große verteilungsgerechte Wurf ist, vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen der 2020er Jahre, der Ampel-Koalitionsvertrag aber leider nicht.

Es geht um die Zukunft! Sparen? Können wir uns im Bund nicht leisten!

Rot-Rot-Grün in Berlin: Die Fortsetzung

Die alte und neue Koalition bekennt sich zu ihrer Verantwortung für Gute Arbeit in Berlin. Das ist gut und wird mit konkreten Vorhaben beschrieben: So soll der **Vergabemindestlohn** des Landes Berlin rasch auf 13 Euro pro Stunde steigen. Bedenket man den Brandenburger Vergabelohn in gleicher Höhe wird deutlich, dass mit dem Schritt Berlins die Verflechtung des Wirtschaftsraumes Berlin Hauptstadtregion weiter voranschreitet. Darüber hinaus nimmt Berlin den Kampf gegen prekäre Beschäftigung im eigenen Verantwortungsbereich ernst: sachgrundlose Befristungen im Verantwortungsbereich des Landes sind weiterhin grundsätzlich auszuschließen.

Um den Bereich der beruflichen Erstausbildung zu stärken, will der neue Berliner Senat eine **Ausbildungsgarantie** erarbeiten, die ab dem Ausbildungsjahr 2023/2024 gelten soll. Eine konkrete Beschreibung der geplanten Maßnahme findet sich jedoch nicht.

Im **Öffentlichen Dienst** sollen 2000 neue Stellen pro Jahr geschaffen werden und Berlin will die Rückkehr zur Verbeamtung von LehrerInnen. Wichtige Schritte für ein stabiles Gemeinwesen und einen öffentlichen Dienst, der den Bürgern dient und einer zukunftsfähigen Bildungslandschaft.

Wie aber will der rot-rot-grüne Senat die an Fahrt aufnehmende industrielle Transformation gestalten? Zu begrüßen ist ein grundlegendes Bekenntnis zu einer aktiven **Industrie- und Dienstleistungspolitik**. Darüber hinaus greift der neue Senat eine IG Metall-Forderung auf, indem der Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP) zu einem Transformationsbeirat für regionalen Strukturwandel weiterentwickelt werden soll. Die Koalition hat das Ziel, den Anteil hochwertiger industrieller Fertigung in Berlin zu erhöhen und Wertschöpfungsketten zu erweitern. Unternehmen, die sich auf den Weg machen, die sozial-ökologische Transformation anzupacken, sollen zukünftig besser unterstützt werden. Mit Verweis auf Bundesprogramme in diesem Bereich, bleibt die Berliner Koalition allerdings hinter den eigenen Erwartungen zurück.

Ein richtiger Ansatz ist das Vorhaben, die Zusammenarbeit mit Brandenburg noch weiter zu vertiefen, um die Entwicklung der Metropolregion Berlin-Hauptstadtregion gemeinsam voranzutreiben. Dazu gehört auch, dass die gemeinsame **Clusterstrategie Berlins und Brandenburgs** um die Themen Holzbau, Green Economy erweitert werden soll. Ein clusterübergreifender Fokus auf Kreislaufwirtschaft soll darüber hinaus eingeführt werden.

Der Einsatz von grünem **Wasserstoff** als Beitrag zur Erreichung der Klimaziele wird identifiziert und die gemeinsam mit dem Land Brandenburg entwickelte Wasserstoffstrategie soll umgesetzt und weiterentwickelt werden. Hier zeigt sich, dass die Berliner Koalition die grundsätzliche Bedeutung industrieller Produktion zur Bewältigung der Klimakrise verstanden hat und den gemeinsamen Wirtschafts- und engen Verflechtungsraum mit Brandenburg nutzen möchte. Die identifizierten Maßnahmen bleiben jedoch in ihren konkreten umsetzbaren Handlungsschritten noch zu vage.

Das Vorhaben, den angespannten Wohnungsmarkt durch den Neubau von jährlich bis zu **20.000 Wohnungen (davon die Hälfte im gemeinwohlorientierten Segment)** zu entlasten, ist ein wichtiges Signal an alle ArbeitnehmerInnen, dass Wohnen in Berlin für alle Bevölkerungsgruppen möglich und bezahlbar bleiben soll. Dass jedoch ein Bündnis für Wohnungsbau und bezahlbares Wohnen ohne die Beteiligung von Gewerkschaften geschaffen werden soll, ist der falsche Weg. Gewerkschaften müssen in diesen wichtigen Fragen des Wohnens mitberaten und auch mitentscheiden. Gewerkschaften haben nicht seit Jahrzehnten für Arbeitszeitverkürzung gekämpft, damit die Beschäftigten heute aufgrund horrender Mieten fernab des Arbeitsplatzes wohnen müssen und lange Pendel-Zeiten auf sich nehmen müssen.

Im **Verkehrsbereich** setzt die rot-rot-grüne Koalition auf den Ausbau des ÖPNV, vor allem auf der Schiene. U-Bahn, S-Bahn und Tram sind wichtige Verkehrsträger in Berlin,

die durch ihren angestrebten Ausbau noch leistungsfähiger werden sollen. Ein Ausbau der Schiene bedeutet in der Regel auch, das rollende Material quantitativ und qualitativ aufzubessern. Hier können sich neue Chancen für die ansässige Schienenfahrzeugindustrie ergeben, wenn die rot-rot-grüne Koalition bei der Vergabe ihrer zukünftigen Aufträge das Motto walten lässt „in oder im Umland von Berlin gebaut - für Berlin auf die Schiene.“

Auch Berlin braucht wie der Bund ein Jahrzehnt der öffentlichen und privaten **Investitionen**. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die jährlichen konsumtiven Ausgaben um 450 Millionen Euro anwachsen sollen. Die rot-rot-grüne Koalition strebt eine Investitionsquote aus dem Kernhaushalt in Höhe von circa acht Prozent an. Berlin wird in den kommenden zwei Jahren jährlich mindestens drei Milliarden Euro in die Infrastruktur investieren.

Darüber hinaus setzt sich Berlin, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, zur Tilgung der Corona Schulden kein zu enges Tilgungszeitraum-Korsett. Dies schafft den notwendigen Spielraum, um finanzpolitisch handlungsfähig zu bleiben, notwendige Investitionen anzupacken, den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiv zu halten und wichtige Themen für alle BerlinerInnen (wie bspw. Ausbau des ÖPNV und bezahlbares Wohnen) beherzt anzugehen.

Berlin darf sich keine Neuauflage der Sparpolitik der jüngeren Vergangenheit auferlegen.

**Auch in Berlin gilt: Sparen?
Können wir uns nicht leisten!**